

Sicht des Auslandes auf die nachrichtendienstliche Entwicklung in der Schweiz

Autor(en): **Wegmüller, Hans**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **182 (2016)**

Heft 7

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-630266>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sicht des Auslandes auf die nachrichtendienstliche Entwicklung in der Schweiz

Während die Schweiz vor einer Volksabstimmung über das Referendum gegen das neue Nachrichtendienstgesetz steht, wird in europäischen Fachgremien angesichts anhaltender terroristischer Bedrohung weiterhin intensiv über Weiterentwicklung und Ausbau der Nachrichtendienste und deren bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit nachgedacht – mitunter auch unter Einbezug des schweizerischen Lösungsansatzes.

Hans Wegmüller

In der Schweiz zieht sich seit der Fusion des Inland- und Ausland-Nachrichtendienstes vor gut fünf Jahren die Diskussion um das neue Nachrichtendienst-Gesetz mit an- und abschwellender Intensität dahin. Endgültig entschieden wird voraussichtlich am 25. September dieses Jahres in einer Volksabstimmung über das Referendum, das gegen das vom Parlament verabschiedete Nachrichtendienst-Gesetz ergriffen wurde. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, zeigen auch europäische Länder, allen voran Deutschland, an den schweizerischen Bemühungen um die Weiterentwicklung des Nachrichtenwesens durchaus Interesse. So wurde die schweizerische Sicht der Dinge seit 2013 an verschiedenen internationalen Konferenzen angesprochen und dargelegt.

Künftige nachrichtendienstliche Herausforderungen

Im September 2013 fand in Berlin eine Konferenz zum Thema «Künftige Herausforderungen der Nachrichtendienste» statt, die von der Zeitung «Der Behörden Spiegel» und dem Gesprächskreis Nachrichtendienste in Deutschland e.V. organisiert wurde. Zum Vergleich herangezogen wurden auch Standortbestimmungen aus Österreich und der Schweiz: Während der Direktor des österreichischen Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung zum Thema «Verfassungsschutz im demokratischen Rechtsstaat» sprach, wurde der aktuelle Stand in der Schweiz unter dem Titel «Die Entwicklung des schweizerischen Nachrichtenwesens im letzten Jahrzehnt» erläutert. Daneben traten zahlreiche Referenten aus Deutschland, darunter der Präsident des

Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Hans-Georg Maassen, und der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Gerhard Schindler, sowie Vertreter diverser Regierungsstellen und zahlreiche deutsche Politiker jeglicher politischer Provenienz auf.

Kontrolle der Nachrichtendienste

Im Oktober 2015 lud die Friedrich Ebert Stiftung in Berlin zu einer Konferenz zum Thema «Zur Kontrolle der Geheimdienste im 21. Jahrhundert» ein. In ihrer Einladung umschrieb die Friedrich Ebert Stiftung die Ausgangslage wie folgt: «Mit der Verbreitung neuer technischer Möglichkeiten hat sich nicht nur die Bedrohungslage geändert, welcher der Staat Rechnung tragen muss. Auch die Mittel der offenen und verdeckten Informationsbeschaffung durch Geheimdienste sind erheblich erweitert worden. Internet,

«Die Mittel der offenen und verdeckten Informationsbeschaffung durch Geheimdienste sind erheblich erweitert worden.»

Handys und vor allem Smartphones haben die technischen Möglichkeiten der Aufklärung im In- und Ausland revolutioniert. Mit dem zukünftigen «Internet der Dinge» wird noch einmal eine neue Dimension möglicher Informationsgewinnung erreicht... Diesen neuen Mög-



Eröffnung der Globsec Konferenz durch den slowakischen Staatspräsidenten Andrey Kiska.

lichkeiten muss eine zeitgerechte Kontrolle der Geheimdienste gerecht werden.» Auch hier wurde Wert auf eine vergleichende Betrachtung mit andern Ländern gelegt, wozu Vertreter aus den USA, Frankreich, Israel und der Schweiz eingeladen wurden. Was die Schweiz betrifft, so lag die Betonung dem Konferenzthema entsprechend vor allem auf dem Kontrollmechanismus, wie er im neuen Nachrichtendienst-Gesetz vorgesehen ist.

Geheimdienste in Deutschland

In Deutschland hält die Grundsatz-Diskussion im Nachgang zur NSA-Affäre in der Politik und namentlich in Fachgremien auch im diesem Jahr weiter an, was in der Praxis unter anderem bereits zu personellen Veränderungen an der Spitze des Bundesnachrichtendienstes geführt hat. Im Frühjahr dieses Jahres veranstaltete die Konrad Adenauer Stiftung in Berlin ein

Expertengespräch zum Thema «Die Zukunft der Geheimdienste in Deutschland». Wiederum waren Vertreter aus verschiedenen europäischen Ländern eingeladen, um ihre nationalen Lösungsansätze zu präsentieren, namentlich aus England, Frankreich und der Schweiz. Angesichts der Tatsache, dass in Deutschland, wo gegenwärtig an einem neuen «Gesetz zur Ausland-Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes» und an einem «Gesetz zur weiteren Fortentwicklung der parlamentarischen Kontrolle» gearbeitet wird, ist kaum erstaunlich, dass das neue schweizerische Nachrichtendienst-Gesetz und die entsprechende Argumentation bei



Eintrittsreferat der deutschen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen in Bratislava 2016. Bilder: Autor

Vertretern von Politik, Wissenschaft und vor allem der «Intelligence Community» in Deutschland auf reges Interesse stossen.

Nachrichtendienstliche Reform in Europa

Das «Globsec Bratislava Security Forum» wurde 2005 auf slowakische Initiative gegründet und entwickelte sich aus bescheidenen Anfängen zu einer bedeutenden internationalen Sicherheitskonferenz, die mehr und mehr den Anspruch zu erheben scheint, als mitteleuropäisches Gegenstück zur Münchner Sicherheitskonferenz zu gelten. Nahmen doch dieses Jahr nicht weniger als 15 Aussen- und Verteidigungsminister und ca. 1000 Teilnehmer aus 70 Ländern teil. Eröffnet wurde die diesjährige dreitägige GLOBSEC-Konferenz durch den slowakischen Staatspräsidenten und die beiden Aussenminister der slowakischen und tschechischen Republik, wobei die deutsche Verteidigungs-

ministerin, Ursula von der Leyen, das Eintrittsreferat hielt.

Im Rahmen dieses Forums wurde unter anderem eine Initiative zur Reform der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit in Europa («The Globsec Intelligence Reform Initiative») an die Hand genommen, welche zum Ziel hat, die bestehende äusserst komplexe und facettenreiche europäische Nachrichtendienst-Struktur zu analysieren und Verbesserungsvorschläge, insbesondere im Bereich der multilateralen Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrors, zu erarbeiten. Am zugehörigen Gespräch unter Experten verschiedener aussereuropäischer und europäischer Länder war wiederum auch die schweizerische Sicht gefragt.

Die oben genannten Beispiele nachrichtendienstlicher Expertengespräche finden vielfach unter der sogenannten «Chatham House Rule» statt, wonach den Teilnehmern die freie Verwendung der erhaltenen Informationen nur unter der Bedingung gestattet ist, dass weder die Identität noch die Zugehörigkeit von Rednern oder anderen Teilnehmern preisgegeben wird. Daher ist es durchaus verständlich, dass relativ wenig von diesen Aktivitäten an die Öffentlichkeit gelangt. Deshalb anzunehmen, dass die Bemühungen der Schweiz um die nachrichtendienstliche Entwicklung und deren Resultat von anderen europäischen Ländern und insbesondere auch von unseren Nachbarländern nicht registriert, zur Kenntnis genommen und entsprechend gewertet würden, wäre aber falsch. Die Bonität eines Nachrichtendienstes hängt nicht zuletzt davon ab, ob es der bestehende gesetzliche Rahmen dem Nachrichtendienst erlaubt, nach geltenden internationalen Standards und dem aktuellen «state of the art» zu arbeiten und zu kooperieren. Deshalb ist auch die Zustimmung des Volkes zum neuen Nachrichtendienst-Gesetz, das die dringend notwendigen Anpassungen an die aktuelle Bedrohungslage vornimmt, für die zukünftige Effizienz des schweizerischen Nachrichtendienstes und dessen Positionierung im internationalen Nachrichtendienstverbund von grösster Bedeutung. ■



Oberst i Gst a D
Hans Wegmüller
Dr. phil.
Direktor SND 2001–2008
3110 Münsingen



HUNTER PRO

